

Tschetschenien und die tschetschenische Bevölkerung in der Russischen Föderation

Klaus Ammann

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

Für Paketpost:
Weyermannsstrasse 10
CH-3008 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@osar.ch
www.osar.ch

PC-Konto
30-16741-4
Spendenkonto
PC 30-1085-7

Bern, 24. Mai 2004

Angaben zum Autor:

Klaus Ammann ist Historiker mit Schwerpunkt Osteuropa und Journalist. Er arbeitet in der Forschungsgruppe "Diplomatische Dokumente der Schweiz" (<http://www.dodis.ch>) und als freier Mitarbeiter beim Regionaljournal Zürich-Schaffhausen von Schweizer Radio DRS. Im Jahr 2000 arbeitete er als Freiwilliger bei der Nichtregierungsorganisation "Soldatenmütter von St. Petersburg" und steht seither in engem Kontakt mit der Organisation. Im April 2004 hat er Russland bereist und mit TschetschenInnen und RussInnen gesprochen.

Impressum

HERAUSGEBERIN

 Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH
Postfach 8154, 3001 Bern
Tel. 031 / 370 75 75
Fax 031 / 370 75 00
E-Mail: INFO@sfh-osar.ch
Internet: www.sfh-osar.ch
PC-Konto: 30-1085-7

AUTOR

Klaus Ammann

ÜBERSETZUNG


SPRACHVERSIONEN

deutsch, französisch

PREIS

Fr. 25.-- inkl. 2,4 Prozent MWSt., zuzgl. Versandkosten

COPYRIGHT

© 2004  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Politische und wirtschaftliche Situation	2
	2.1 Tschetschenisierung und Ausbreitung des Konflikts seit 2001	2
	2.2 "Mafiöse" Wirtschaft zwischen Trümmern	4
3	Sicherheitslage	6
	3.1 Der tschetschenische Widerstand	6
	3.2 Die russischen Streitkräfte	7
	3.3 Die pro-russischen tschetschenischen Sicherheitskräfte	8
	3.4 Minen	9
4	Justizsystem	9
5	Menschenrechtslage	10
	5.1 Säuberungen und Filtrationslager	10
	5.2 Folter in Haft	11
	5.3 Geiselhandel	12
6	Humanitäre und sozioökonomische Lage	12
	6.1 Gesundheit und medizinische Versorgung	13
	6.2 Kinder und Bildung	14
	6.3 Arbeitsmarkt und Armut	15
7	TschetschenInnen in der Russischen Föderation – Innerstaatliche Fluchtalternative	15
	7.1 Rückkehrpolitik mit Zuckerbrot und Peitsche	16
	7.2 Status, Registrierung und Dokumente	18
	7.3 Entschädigung	20
	7.4 Arbeitsmarktchancen	20
	7.5 Diskriminierung im Alltag und korrupte Justiz	21
	7.6 Gefährdung zurückgeschaffter TschetschenInnen	22
8	Ein Volk ohne Unterstützung	23

1 Einleitung

Die vorliegende Analyse baut auf den Lageberichten vom Dezember 1999 und Januar 2001 auf. Die Ereignisse in Tschetschenien bis Ende 2000 sind dort dargestellt. Hier stehen die Entwicklungen seit Anfang 2001 sowie die aktuelle Lage im Vordergrund.

Wie im Titel angetönt, wird im ersten Teil des vorliegenden Berichts die Lage in der Kaukasus-Republik Tschetschenien analysiert, während der zweite Teil der Situation der tschetschenischen Bevölkerung ausserhalb der Republik in der Russischen Föderation gewidmet ist. Diese Aufteilung ist allerdings nicht absolut, denn Tschetschenien ist in vielen Bereichen heute direkter von Moskau abhängig als andere Teile der Föderation. Die föderalen Gesetze gelten theoretisch in Tschetschenien wie im ganzen Land. Folglich gilt vieles, was in den untenstehenden Kapiteln "Politische Situation", "Sicherheitslage", "Justizsystem", "Menschenrechtslage" und "Humanitäre Situation" aufgeführt wird oft für die gesamte Russische Föderation. Grundsätzlich soll der Bericht dadurch Hilfestellung bieten zum Verständnis der Gründe einer Flucht aus Tschetschenien und zur Einschätzung des Risikos einer Rückschaffung in die Russische Föderation.

Die Ausführungen basieren auf Materialien der internationalen Nichtregierungsorganisationen Human Rights Watch (HRW), Amnesty International (ai), Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), Action contre la faim (acf), Institute for War and Peace Reporting (IWPR), den russischen Organisationen Memorial sowie Migration und Recht, des UNO-Hochkommissariates für Flüchtlinge (UNHCR), des Danish Refugee Council, der Nachrichtenagenturen PrimaNews und Prague Watchdog sowie auf persönlichen Gesprächen, die der Autor im April 2004 mit VertreterInnen russischer Menschenrechtsorganisationen sowie der tschetschenischen Diaspora in St. Petersburg, Tver' und Moskau geführt hat. Unterorganisationen der UNO (WHO, UNICEF, etc.) liefern leider nur ausnahmsweise spezifische Daten zu Tschetschenien, da sie aus politischen Gründen grundsätzlich die Russische Föderation als ganze abdecken.

Ein Begriff bedarf an dieser Stelle der Klärung: Im vorliegenden Bericht wird zur Bezeichnung der "tschetschenischen Seite" der einfacheren Verständlichkeit halber allgemein der Begriff "Widerstandskämpfer" benützt. Der Autor ist sich jedoch bewusst, dass die "tschetschenische Seite" einerseits sehr heterogen ist, und andererseits teils Menschenrechtsverletzungen begeht, die das Wort "Widerstand" nicht impliziert.

2 Politische und wirtschaftliche Situation

2.1 Tschetschenisierung und Ausbreitung des Konflikts seit 2001

Die Ermordung des pro-russischen Präsidenten Tschetscheniens, Achmed Kadyrow, am 9. Mai 2004 hat die internationale Aufmerksamkeit nach längerem wieder für einen kurzen Moment auf Tschetschenien gelenkt und gezeigt, dass sich die Situation alles andere als beruhigt hat, wie das die russische Regierung immer wieder behauptet und wie es andernorts gerne geglaubt wird. Die Lage in Tschetschenien hat sich, im Gegenteil, in den vergangenen Monaten und Jahren politisch und militärisch wieder zugespitzt. Beobachter sprechen gar von ähnlichen Spannungen wie kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Tschetschenienkrieges 1999.¹

Bombenanschläge in verschiedenen russischen Städten, die rund 300 Todesopfer forderten, führten Ende September 1999 zum Beginn des Zweiten Tschetschenienkrieges. Mit massiven Bombardierungen aus der Luft, gefolgt von einer umfangreichen Bodenoffensive, brachten die russischen Truppen im Februar 2000 die Hauptstadt Grosny und grosse Teile der Republik unter ihre Kontrolle. Die Invasion forderte unter der Zivilbevölkerung unzählige Opfer und beschädigte die zivile Infrastruktur stark. Schätzungsweise mehr als eine halbe Million Menschen befinden sich seither auf der Flucht, sei es in Tschetschenien selbst, in der Nachbarrepublik Inguschetien, sonstwo in der Russischen Föderation oder im Ausland.² Die Widerstandskämpfer zogen sich in die Berge zurück, von wo aus sie seither die Kampfhandlungen nach den Methoden der Guerrilla fortsetzen.

Obwohl der Tschetschenienfeldzug von Beginn weg wenig erfolg- und sehr verlustreich war, ermöglichte er dem zuvor unbekanntem Wladimir Putin im März 2000 die Wahl zum Präsidenten der Russischen Föderation. Auch in den seither vergangenen vier Jahren hat Putins Image durch den Tschetschenienkrieg keinen Schaden genommen, so dass er im März 2004 erneut mit erdrückendem Stimmenmehr gewählt wurde. Putin und seinem Stab ist es gelungen, einen grossen Teil der russischen Bevölkerung und auch der Weltöffentlichkeit vom andauernden Konflikt im Kaukasus abzulenken. Geschickt hat er diesen immer wieder als "interne Angelegenheit" Russlands deklariert und vordergründig einige Schritte zur Normalisierung der Lage unternommen.³ In den letzten Jahren hat die russische Seite zudem immer mehr tschetschenische Statthalter für ihre Interessen gefunden, weshalb die Journalistin und Kennerin Tschetscheniens Irena Brežná von der Tschetschenisierung des Konflikts spricht.⁴ So hat er rasch nach seiner Wahl eine tschetschenische Verwaltung eingesetzt und den ehemaligen Widerstandskämpfer Kadyrow zum Leiter ernannt. Der

¹ Irena Brežná in der Sendung „Rendez-vous“ von Schweizer Radio DRS, 10.5.2004. (<http://www.rendezvous.drs.ch>).

² Vgl. Kapitel 7 TschetschenInnen in der Russischen Föderation – Innerstaatliche Fluchtalternative

³ Vgl. zum Beispiel Winkler, Peter. "Trügerische Ruhe um den Tschetschenien-Krieg. «Internalisierung» des Konflikts – andauernde Brutalität." NZZ, 24.1.2004, 7.

⁴ Gespräch mit Irena Brežná am 13. Mai 2004 in Basel.

Krieg wurde im Sommer 2000 für beendet erklärt. Präsident Putin kündigte einen Teilrückzug der russischen Truppen an, welcher jedoch nie erfolgt ist.⁵ Insbesondere seit dem 11. September 2001 laufen die militärischen Aktionen der russischen Armee unter der Bezeichnung "antiterroristische Operationen". Als "Terroristen" werden von russischer Seite alle Gruppierungen des tschetschenischen Widerstandes bezeichnet – unumwunden und unterschiedslos. Die russische und mit ihr die Weltöffentlichkeit waren in der Folge von andern Krisenherden – Afghanistan, Israel, Irak – absorbiert. Die Geiselnahme der BesucherInnen durch tschetschenische Rebellen in einem Moskauer Musical-Theater im Oktober 2002 brachte den Tschetschenienkonflikt für kurze Zeit wieder in die Schlagzeilen. Kurz nach der blutigen Beendigung der Aktion durch die russischen Sicherheitskräfte, welche 129 Menschenleben forderte⁶, verebte das Echo wieder. In Russland und in Tschetschenien kam es jedoch zu einer Repressionswelle, unter der mehrheitlich unschuldige TschetschenInnen zu leiden hatten.

Gleichzeitig setzte die russische Regierung ihre Politik der oberflächlichen Normalisierung fort: Nach dem Referendum über eine neue Verfassung Tschetscheniens im März 2003, welche von unabhängiger Seite durchgehend als Farce bezeichnet wurde, beschloss die russische Duma am 6. Juni 2003, alle Rebellen, die sich vor dem 1. September desselben Jahres ergeben, und die nicht schwere Verbrechen begangen haben, zu amnestieren.⁷ Der Erfolg dieser Massnahme blieb bescheiden, gaben doch in der Folge nur gut hundert Kämpfer ihre Waffen ab. Mit dem Ziel, die Rückkehr der tschetschenischen Bevölkerung zu beschleunigen, versprach die russische Regierung in der Weisung 404 vom 4. Juli 2003, allen geschädigten ZivilistInnen Kompensationen.⁸ Ebenfalls im Rahmen der Massnahmen zur Normalisierung sind in den vergangenen zwei Jahren Flüchtlings- und Durchgangslager für aus Tschetschenien Vertriebene sukzessive geschlossen worden, ohne dass in Tschetschenien oder anderswo ausreichende Alternativen für die zurück bzw. weiter getriebenen Menschen bestehen würden.

Nie fassten die russischen Kreise jedoch Verhandlungen mit der im Untergrund und im Exil lebenden Vertretung der 1997 demokratisch gewählten Regierung um Präsident Aslan Maschadow ins Auge. Dessen Verhandlungsvorschläge wurden bislang durchwegs abgelehnt und seiner Ablehnung des Terrorismus als Mittel zur Erlangung der Unabhängigkeit kein Glaube geschenkt.⁹ So hat beispielsweise auch der Plan zur Beendigung des Konflikts, den Ilyas Achmadov, der Aussenminister der Maschadow Regierung, im Frühjahr 2003 vorgelegt hat,¹⁰ in Moskau kein Gehör gefunden, obwohl er von 150 Europaratsabgeordneten unterstützt wird. Im so genannten "Achmadov-Friedensplan", verlangt der tschetschenische Aussenminister für eine Übergangsperiode eine internationale Verwaltung für Tschetschenien und

⁵ Schmassmann, Eva und Hanspeter Bigler. Gesellschaft für bedrohte Völker, "Tschetschenien – Der Krieg Russlands gegen die Zivilbevölkerung." November 2002.

⁶ Associated Press (ap). "Chronik von Anschlägen in Russland." *St. Galler Tagblatt*, 7.2.2004.

⁷ Human Rights Watch. *Spreading Despair. Russian Abuses in Ingushetia*, September 2003 [konsultiert 7.5.2004]. <http://www.hrw.org/campaigns/russia/chechnya/>.

⁸ Ibid. Vgl. Auch Kapitel 7.3 Entschädigung.

⁹ Schmassmann und Bigler. "Tschetschenien – Der Krieg Russlands gegen die Zivilbevölkerung."

¹⁰ Achmadov, Ilyas. *The Russian-Chechen tragedy: A way to peace and democracy. Conditional independence under an international administration*, 2003 [konsultiert 11.5.2004]. <http://www.unpo.org/Downloads/akhmadov%20peace%20plan.pdf>.

spricht von bedingter Unabhängigkeit für Tschetschenien. Moskau jedoch setzt stur auf eine Konfliktlösung durch Gewalt.¹¹

Derweil bestätigen die unterschiedlichsten Beobachtungspersonen vor Ort, dass die Massnahmen zur Normalisierung die Dynamik des Konflikts nicht wesentlich verändert haben.¹² Die Ermordung des russischen Statthalters Kadyrow, der im Oktober 2003 in einer höchst dubiosen Wahl zum Präsidenten der tschetschenischen Republik gewählt wurde, ist der jüngste Beweis dafür. Der blutige Konflikt dauert an, er ist weniger auffällig als zur Zeit der Bombardierungen, beide Seiten begehen aber nach wie vor schwerste Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts. Willkürliche Verhaftungen und Erschiessungen, Entführungen, Folterungen, Bombardierungen von ZivilistInnen, Anschläge, Massenmorde stehen an der Tagesordnung. Hauptleidtragende ist die Zivilbevölkerung.

Zu diesen beunruhigenden Feststellungen kommt hinzu, dass sich der Konflikt seit einiger Zeit über die Grenzen der Republik Tschetschenien hinaus ausgebreitet hat. Einerseits gelingt es tschetschenischen Widerstandskämpfer immer wieder, Anschläge in andern Landesteilen zu verüben, zuletzt im Februar dieses Jahres in der Moskauer U-Bahn. Andererseits wird insbesondere die Republik Inguschetien je länger desto stärker in den Konflikt hineingezogen. Die dortige Regierung unter Präsident Sjasikow hat seit 2002 nicht nur gegenüber intern Vertriebenen eine merklich schärfere Gangart eingeschlagen, sondern russische Truppen führen nun auch dort "anti-terroristische Operationen" durch, wie Human Rights Watch Ende 2003 detailliert ausführt.¹³ Die russische Journalistin und langjährige Beobachterin der Situation im Kaukasus, Anna Politkowskaja, behauptet sogar, dass gewisse Kreise, nachdem Tschetschenien ausgebeutet sei, nun einen neuen Konfliktherd gebraucht hätten.¹⁴

2.2 "Mafiöse" Wirtschaft zwischen Trümmern

Nach zehn Jahren Krieg ist die tschetschenische Wirtschaft am Boden. Ein Drittel des kultivierbaren Landes ist völlig zerstört und rund 80 Prozent des Viehbestandes verloren.¹⁵ Das hat besonders fatale Auswirkungen angesichts der Tatsache, dass rund zwei Drittel der Bevölkerung Tschetscheniens auf dem Land leben.¹⁶ Die Familienwirtschaft hat sich grundsätzlich gewandelt: war sie vor dem Krieg kollektiv organisiert, geplant und auf die Landwirtschaft ausgerichtet, so hat sie sich mittlerweile dem Krieg angepasst. Kleinhandel und Baugewerbe haben sich hauptsächlich rund um die Militärbasen entwickelt. Transport- und folglich auch Lebensmittelkosten sind enorm gestiegen, wegen der zahllosen Strassensperren, an denen Wegrechte be-

¹¹ *Current situation in Chechnya*, Prague Watchdog, 19.3.2004 [konsultiert 5.5.2004]. <http://www.watchdog.cz>.

¹² Human Rights Watch. *Spreading Despair*.

¹³ Ibid.

¹⁴ Politkowskaja, Anna. *Tschetschenien. Die Wahrheit über den Krieg*. Übers. Hannelore Umbreit und Ulrike Zemme. Köln: DuMont, 2003. Vgl. dazu auch das Kapitel 8 Ein Volk

¹⁵ Agence France-Presse. *Chechen refugees going home face 'return to hell'*, ReliefWeb, 11.3.2004 [konsultiert 6.5.2004]. <http://www.reliefweb.int>.

¹⁶ State Committee on Statistics of the Russian Federation. *2002 all-Russian population census, 2004* [konsultiert 6.5.2004]. http://www.eastview.com/all_russian_population_census.asp.

zahlt werden müssen. Um sich das Überleben zu sichern, verkaufen die Menschen ihre letzten Habseligkeiten.¹⁷

Die russische Regierung verspricht zwar immer wieder Geld für den Wiederaufbau, doch bislang hat die notleidende Bevölkerung davon wenig gespürt. Ein Grossteil der Gelder versickert bereits in Moskau oder dann in der tschetschenischen Verwaltung.¹⁸ Die Verantwortlichen sind sich zudem oft nicht einig, ob hauptsächlich alte beschädigte Industrie wieder belebt oder ob das meiste neu aufgebaut werden sollte. Auf jeden Fall wären in der ehemals industrialisierten Republik nach wie vor zahlreiche gut qualifizierte Arbeitskräfte vorhanden, wie das Institute for War and Peace Reporting (IWPR) Ende November 2003 berichtet. Erst ein gutes Dutzend Unternehmen, welche unterschiedlichste Produkte vom Traktor bis zum Schlüpfeschuh herstellen, funktionieren auf dem Gebiet der Republik und bieten gut 300 Menschen Arbeit. Die Direktionen dieser Firmen halten sich jedoch meist ausserhalb Tschetscheniens auf, was Kommunikation und Produktion kompliziert und verteuert.¹⁹

Tschetscheniens Wirtschaft ist traditionell mit dem Erdöl verbunden. Zwar verfügt die Kaukasus-Republik nicht über riesige Reserven, doch das Öl das in Tschetschenien gefördert wird, ist von hochstehender Qualität und kann nach wie vor lukrativ verkauft werden. In Grosny stand eine der grössten Raffinerien der Sowjetunion, welche heute grösstenteils zerstört ist. Ölförderung im grossen Stil betreiben in Tschetschenien heute nur noch das russische Unternehmen Rosneft und dessen lokale Tochter Grosneftegas. Vom Gewinn dieser Unternehmen fliesst jedoch nur ein ganz kleiner Teil in die Republik, und wenn, dann nicht in den Wiederaufbau der lokalen Ölinfrastruktur. Präsident Kadyrow hatte denn auch versucht, eine eigene Ölförderfirma aufzubauen, was ihm aber in Moskau mächtige Feinde verschafft hat²⁰ und bei seiner Ermordung eine Rolle gespielt haben könnte. Trotzdem lebt in Tschetschenien nach wie vor ein grosser Teil der Bevölkerung vom Erdöl. Da die Ölreserven an gewissen Orten nur rund 15 Meter unter dem Boden liegen, werden sie vielerorts von Privaten mit primitivsten Mitteln angezapft. Das selbstgebrannte Benzin wird dann auf dem Schwarzmarkt verkauft, wo die russischen Sicherheitskräfte offenbar gute Kunden sind.²¹ Es gibt ganze Gebiete mit illegalen Ölspeichern und -raffinerien, mit katastrophalen Folgen für die Gesundheit der dort oft ungeschützt arbeitenden Menschen und für die Umwelt.²²

¹⁷ Action contre la faim. "Internally displaced people in Ingushetia. Food security update." September 2003, <http://www.acf-fr.org/pdf/missions/tchetchenie.pdf>.

¹⁸ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel. Frau Nelidowa leitet die überregionale Nichtregierungsorganisation "Warmes Heim", die sich der Integration und Betreuung von Flüchtlingsfrauen und -kindern verschrieben hat. Sie besucht die Krisenregion regelmässig.

¹⁹ Institute for War and Peace Reporting. "Chechnya: Economic policy under scrutiny. Some Chechen politicians suggest policy of restoring war-damaged enterprises should be reviewed." *Caucasus Reporting Service (CRS)*, 26.11.2003, <http://www.iwpr.net>.

²⁰ Institute for War and Peace Reporting. "Battle for Chechen oil. Kadyrov battles to control Chechnya's oil as part of a wider power struggle in Grozny and Moscow." *Caucasus Reporting Service (CRS)*, 8.4.2004, <http://www.iwpr.net>.

²¹ Seefeldt, Katja. *Tschetschenien: Eine Überlebensstrategie gegen die Brutalität, die Demütigungen und den Missbrauch*, Telepolis, 21.3.2004 [konsultiert 12.5.2004]. <http://www.telepolis.de>.

²² Polikowskaja. *Tschetschenien*. Vgl. auch Kapitel 6.1 Gesundheit und medizinische Versorgung

3 Sicherheitslage

Spannung und Unsicherheit dominieren in Tschetschenien unvermindert. Explosionen mit zivilen und militärischen Opfern, Übergriffe von Sicherheitskräften und Widerstandskämpfern sowie andere Kriminalität gehören zur Tagesordnung.²³ Über die Opfer gibt es keine verlässlichen Zahlen. Die Menschenrechtsorganisation Memorial rechnete Ende 2003 mit zwischen 10'000 und 30'000 zivilen Opfern seit Beginn des zweiten Krieges, während andere von der dreifachen Zahl ausgehen.²⁴ Auch über militärische Opfer gibt es keine genauen Zahlen. Die Komitees der Soldatenmütter Russlands gingen im Mai 2004 von 25'000 Todesopfern unter den Soldaten aus. Offizielle russische Stellen sind nicht einmal davor zurück geschreckt, in der jüngsten Volkszählung im Oktober 2002 von einem Bevölkerungswachstum in Tschetschenien trotz Krieg und Vertreibung von über 50 Prozent – von rund 700'000 auf 1'104'000 Menschen – seit Mitte der 1990er Jahre zu sprechen.²⁵ Ein weiterer gefälschter Beweis für eine Normalisierung, die nicht stattfindet.²⁶

Die Lage ist zudem viel unübersichtlicher als angenommen werden könnte. Die beiden Lager, Russen und Tschetschenen, sind in sich alles andere als homogen. Im Vergleich zu den ersten zwei Jahren des zweiten Tschetschenienkrieges hat sich die Art des Konfliktes in den letzten Jahren verändert: es gibt keinen offenen Krieg mehr, obgleich beispielsweise die russische Luftwaffe nach wie vor gelegentlich Luftangriffe fliegt. Der tschetschenische Widerstand hat sich auf Guerrilla- und Störaktionen verlegt.

3.1 Der tschetschenische Widerstand

Obwohl die russische Regierung den tschetschenischen Widerstand in der Regel in einen Topf wirft und als terroristische Bande bezeichnet, sollte differenziert werden. Die Separatistischen Kräfte sind verstreuter und weniger einig als je zuvor. Der demokratisch gewählte Präsident Maschadow, der terroristische Methoden, insbesondere Selbstmordanschläge, ablehnt, steht damit in offenem Konflikt mit dem Feldkommandanten Schamil Bassajew und dessen Entourage, der für praktisch alle Selbstmordanschläge der letzten Zeit die Verantwortung übernommen hat. In diesem Zusammenhang haben insbesondere die sogenannten "Schwarzen Witwen", Frauen, die sich aus Verzweiflung über den Verlust von Angehörigen den Widerstandskämpfern als Selbstmordattentäterinnen zur Verfügung stellen und mit perfiden Methoden auf hinterhältige Anschläge vorbereitet werden, für Aufsehen gesorgt. Solche Aktivitäten sind in der tschetschenischen Gesellschaft bislang unvorstellbar gewesen.²⁷ Verschiedene ehemalige Rebellenführer haben zudem, teils mehrmals, die Seite gewechselt und kämpfen nun auf der Seite der pro-russischen tschetschenischen

²³ Danish Refugee Council. *Tension and insecurity in the Northern Caucasus*, ReliefWeb, 2.4.2004 [konsultiert 6.5.2004]. <http://www.reliefweb.int>.

²⁴ Winkler vergleicht die einzelnen Quellen: Winkler. "Trügerische Ruhe."

²⁵ State Committee on Statistics of the Russian Federation. *2002 all-Russian population census*. Die gleiche Statistik verzeichnet für fast alle Regionen der Russischen Föderation eine Abnahme der Bevölkerung.

²⁶ Aliyev, Timur. *Census in Chechnya is over*, Prague Watchdog, 17.10.2002 [konsultiert 6.5.2004]. <http://www.watchdog.cz>.

²⁷ Schrepfer-Proskurjakov, Alexander. "Tschetscheniens «schwarze Witwen». Motive und Manipulation von Selbstmordattentäterinnen." *NZZ*, 6.4.2004, 9.

Regierung. Die Fronten verändern sich permanent und sind durchlässig.²⁸ Der St. Petersburger Verfassungsrechtsprofessor und aktive Diasporaführer, Deni Teps, erklärt denn auch, dass es sich um ein dreckiges Spiel beider Seiten handle, unter dem vor allem die Zivilbevölkerung leide. Die Folge sei, dass sich die Tschetschenen immer stärker untereinander bekämpften. Eine Entwicklung die Moskau im übrigen aktiv fördere.²⁹ BeobachterInnen fürchten, dass nach einem Abzug der russischen Truppen ein blutiger innertschetschenischer Bruderkrieg entbrennen könnte.³⁰

Im Lager des tschetschenischen Widerstandes scheinen derweil die radikalen Kräfte die Oberhand zu gewinnen. Anfang März 2004 hat Maschadow zwei seiner wichtigsten Stützen, den Verteidigungsminister Magomed Chambiew und den Feldkommandanten Chamzat Gelaew verloren. Der als gemässigt geltende Chambiew hatte sich selbst den pro-russischen Behörden ausgeliefert, nachdem 17 Mitglieder seiner Familie festgenommen worden waren. Gelaew, der von verschiedenen Seiten als möglicher Vermittler zwischen Maschadow und Moskau angesehen wurde, kam bei einem Anschlag ums Leben. Diese Schwächung Maschadows wird noch vermehrt junge Männer in die Arme der Extremisten führen.³¹ Viele sehen keine Alternative: wird doch der gemässigte Widerstand permanent desavouiert und Sicherheit gibt es nicht einmal für diejenigen, die von der erwähnten Amnestie der russischen Regierung Gebrauch machen wollten, wie der Fall eines amnestierten Kämpfers, der im April 2004 von Spezialeinheiten verhaftet, gefoltert und erschossen wurde, zeigt.³²

3.2 Die russischen Streitkräfte

Anfang 2004 befanden sich in Tschetschenien nach Schätzungen des Danish Refugee Council rund 80'000 russische Soldaten.³³ Laut Angaben der Soldatenmütter von St. Petersburg³⁴ und der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch³⁵ dienen nach wie vor sowohl Berufs- als auch Milizsoldaten in der Kaukasusrepublik, wobei die Anzahl der ersteren zugenommen habe. Die Zustände innerhalb der russischen Streitkräfte sind katastrophal: Erstens werden die meisten Soldaten auch bei schwerwiegenden gesundheitlichen Mängeln eingezogen. In der Truppe werden sie nicht nur mangelhaft ausgebildet, ausgerüstet und ernährt, sondern geraten in ein Klima schwerster Menschenrechtsverletzungen. In praktisch allen Kasernen der Russischen Föderation foltern Dienstältere systematisch ihre Untergebenen. Innerhalb Tschetscheniens verschärft die allgegenwärtige Unsicherheit die Situation der

²⁸ Institute for War and Peace Reporting. "Chechnya: The fighting goes on. Another New Year in Chechnya offers no sign that the conflict is ending." *Caucasus Reporting Service (CRS)*, 15.1.2004, <http://www.iwpr.net>.

²⁹ Gespräch mit Prof. Deni Teps in St. Petersburg am 12. April 2004. Teps lehrt Verfassungsrecht und Föderalismus am Institut für die Ausbildung von Beamten in St. Petersburg. Daneben war er bis vor kurzem Präsident des Tschetschenischen Weltkongresses, einem Forum, das den Dialog unter Tschetschenen jeglicher Gesinnung aufrecht erhalten möchte.

³⁰ Donath, Klaus-Helge. "Kaukasischer Teufelskreis." *ai-Journal*, 1.11.2003.

³¹ Aliyev, Timur und Ruslan Zhadayev. *Chechnya: Moscow strikes at Maskhadov*, Caucasus Reporting Service (CRS), 11.3.2004 [konsultiert 5.5.2004].

³² *Amnistia ne spasaet ot vnesudebnoj kazni (Amnestie schützt nicht vor aussergerichtlicher Hinrichtung)*, Prima-News, 21.4.2004 [konsultiert 5.5.2004]. <http://www.prima-news.ru>.

³³ Danish Refugee Council. *Tension and insecurity in the Northern Caucasus*.

³⁴ Gespräch mit der Vorsitzenden der Soldatenmütter von St. Petersburg, Ella M. Poljakowa, am 12. April 2004.

³⁵ Human Rights Watch. *To serve without health? Inadequate nutrition and health care in the Russian armed forces*, 2003 [konsultiert 11.3.2004]. <http://www.hrw.org/reports/2003/russia1103/>.

Soldaten. Widerstandskämpfer legen beispielsweise Nacht für Nacht Sprengsätze rund um Kasernen, Kontrollposten und auf den Strassen. Folglich müssen Pioniere der Streitkräfte jeden Morgen rund 150 Kilometer Strasse absuchen, ehe die Militärs die Kasernen verlassen dürfen. Trotzdem kommt es immer wieder zu Unfällen.³⁶

In dieser Situation der fortschreitenden Verwahrlosung und der militärischen Erfolglosigkeit überraschen die systematischen Übergriffe der Sicherheitskräfte nicht. Die Armee führt regelmässig sogenannte Säuberungen durch. Dabei wird der Befehl Nr. 80 aus dem Jahr 2002, der die Regeln für Passkontrollen und Durchsuchungen festlegt, offensichtlich permanent missachtet.³⁷ Symptomatisch für diese Situation ist beispielsweise ein Fall, der im April 2004 sogar in Teilen der russischen Presse für Aufsehen gesorgt hat: Zwei russische Kampfflugzeuge bombardierten am helllichten Tag den Garten einer tschetschenischen Familie in Rigachoj, nahe der Grenze zu Dagestan, und töteten fünf Kinder und ihre Mutter. Als Menschenrechtsvertreter daraufhin eine Untersuchung der Vorfälle verlangten, behaupteten die zuständigen Militärbehörden zuerst, am besagten Tag seien gar keine Flugzeuge im Einsatz gewesen. Erst nach mehrfachen Verzögerungen ist eine Strafuntersuchung eingeleitet worden, deren Ausgang jedoch noch viele Fragezeichen offen lässt.³⁸ Auch Heckenschützen sind nach wie vor aktiv. Nach Berichten von russischen und tschetschenischen Menschenrechtlerinnen machen sich oft alkoholisierte Mitglieder der Sicherheitskräfte ein Spiel daraus, aus dem Hinterhalt wahllos auf Passanten zu schießen – ohne mit irgendeiner Strafe rechnen zu müssen. Erst im März 2004 wurde der Tod zweier Schulfrauen durch Heckenschützen bekannt.³⁹

3.3 Die pro-russischen tschetschenischen Sicherheitskräfte

Seit der offiziellen Übertragung eines Teils der Macht an pro-russische tschetschenische Behörden, haben diese einen eigenen Sicherheitsapparat gebildet. Kadyrows Sohn Ramsan, der nach dem Tod seines Vaters zum Vize-Regierungschef ernannt wurde und bereits als möglicher nächster Präsident gehandelt wird, hat eine mehrere tausend Mann starke Miliz aufgebaut.⁴⁰ Diese sogenannten "Kadyrowzi" sind laut Angaben von unabhängigen Beobachtern für unzählige Entführungen, Folterungen und Morde verantwortlich. Überwältigte echte oder vermeintliche Rebellen werden von den "Kadyrowzi" vor die Wahl gestellt, überzulaufen oder zu sterben. Die Bevölkerung fürchtet die "Kadyrowzi" stärker als die russischen Sicherheitskräfte.

³⁶ "Zehn russische Soldaten in Tschetschenien getötet. Verbotenes Verhalten eines Offiziers." *NZZ*, 27.3.2004, 2.

³⁷ U.S. Department of State. Bureau of Democracy, Human Rights and Labor. "Country report on human rights practices – 2003: Russia." 25.2.2004, <http://www.state.gov/g/drl/hr/c1470.htm>. Vgl. auch Kapitel Menschenrechtsverletzungen.

³⁸ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina, Mitglied von Memorial und Vorsitzende des Netzes „Migration und Recht“ sowie des „Komitees Bürgerbeteiligung“ am 19. April 2004 und Politkovskaja, Anna. "Sovet bezopasnosti Cecni bystro i resko otreagiroval na publikaziju "Novoj". Kto vypustil raketu N° 350 F590? (Der tschetschenische Sicherheitsrat hat schnell und klar auf den Artikel der *Novaja Gazeta* "Wer hat die Rakete N° 350 F590 abgefeuert?" reagiert)." *Novaya Gazeta*, 22.4.2004, <http://www.memo.ru/hr/hotpoints/N-Caucas/ch99/index.htm>.

³⁹ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁴⁰ Hassel, Florian. "Tschetschenische Erbfolge? Nach der Ermordung des tschetschenischen Präsidenten Kadyrow setzt der Kreml nun auf dessen Sohn." *Der Bund*, 12.5.2004, 3.

3.4 Minen

Alle Seiten setzen in Tschetschenien Minen ein. Zwar variieren die Opferzahlen je nach Quelle, doch die Tendenz ist unbestritten: immer mehr Menschen werden durch Minen getötet oder verletzt. Das US-Amerikanische Aussenministerium bezifert die Zahl der Minenopfer in seinem jährlichen Bericht zur Situation der Menschenrechte für 2002 mit 5695 – darunter 125 Tote – währenddem es ein Jahr zuvor noch 2140 Opfer gewesen sein sollen.⁴¹ Tägliche Berichte über Minenopfer haben das IKRK im Frühjahr 2004 zu einer Minenwarnkampagne veranlasst.⁴² Eine absurde Konsequenz der so genannten Normalisierung: Minenopfer erhalten keine speziellen Entschädigungen, sondern nur die Invalidenrenten, weil es sich in Tschetschenien nach offizieller Lesart, wie erwähnt, nicht um einen Krieg handelt.

4 Justizsystem⁴³

Das tschetschenische Justizwesen weist wie das gesamtrussische, von dem weiter unten die Rede sein wird,⁴⁴ beträchtliche praktische Mängel auf. Zwar gehören Verfassung und Gesetze der Russischen Föderation zu den modernsten, doch ihre Durchsetzung ist nach wie vor mehr als lückenhaft. Der Verfassungsrechtler Deni Teps verweist darauf, dass eine Verfassung allein leider überhaupt nichts über deren Einhaltung aussage. Das auffallendste Beispiel sei Stalins Terrorstaat gewesen, der vor dem Hintergrund der demokratischsten Verfassung der Welt, Millionen unschuldig verurteilt habe.⁴⁵ Im Verlauf des blutigen Konfliktes in Tschetschenien sind nur die allerwenigsten Täter vor Gericht gelangt. Insbesondere Mitglieder der russischen Sicherheitskräfte agieren in Tschetschenien in einem quasi straffreien Raum. Memorial bestätigt, dass die Militärstaatsanwaltschaft sich nur um die empörendsten Fälle kümmert, dass nur in Ausnahmefällen ein Gerichtsverfahren eröffnet wird, die wenigsten Verfahren beendet würden und noch weniger mit einem Schuldspruch endeten. Insgesamt sind zwischen dem Beginn des zweiten Tschetschenienkrieges und November 2002 54 Angehörige der Streitkräfte, darunter acht Offiziere wegen Verbrechen an der Zivilbevölkerung verurteilt worden. Hoffnungen auf höhere Effizienz sind nach der Verurteilung von Oberst Budanow im Juli 2002 aufgekommen – jedoch bald wieder verflogen. Budanow, der ranghöchste bislang in Tschetschenien verurteilte Armeeingehörige, wurde wegen mehrfacher Vergewaltigung und anschließenden Mordes eines tschetschenischen Mädchens mit milden zehn Jahren Freiheitsentzug bestraft.⁴⁶

Die Folgen dieser Straflosigkeit für die Gesellschaft in Tschetschenien und in der gesamten Russischen Föderation enorm, können jedoch noch gar nicht vollumfänglich abgeschätzt werden.

⁴¹ U.S. Department of State. Bureau of Democracy. "Country report on human rights."

⁴² International Committee of the Red Cross (ICRC). *Russian Federation / Chechnya: Beware of mines!*, 28.4.2004 [konsultiert 10.5.2004]. <http://www.icrc.org>.

⁴³ Vgl. auch Kapitel 7.5 Diskriminierung im Alltag und korrupte Justiz.

⁴⁴ Vgl. Kapitel 7 TschetschenInnen in der Russischen Föderation – Innerstaatliche Fluchtalternative

⁴⁵ Gespräch mit Deni Teps in St. Petersburg am 12. April 2004.

⁴⁶ U.S. Department of State. Bureau of Democracy. "Country report on human rights."

5 Menschenrechtsslage

Die Zivilbevölkerung in Tschetschenien lebt wie beschrieben in permanenter Unsicherheit. Grundsätzlich kann jede Bewohnerin und jeder Bewohner der Republik unabhängig von gesellschaftlicher Stellung, Aufenthaltsort und Alter Opfer schwerster Menschenrechtsverletzungen werden.⁴⁷ Russische und tschetschenische Sicherheitskräfte – im Rahmen so genannter antiterroristischer Operationen – und tschetschenische Widerstandskämpfer – auf der Suche nach Kollaborateuren – führen regelmässig so genannte Säuberungen durch. Diese haben in den vergangenen ein- einhalb Jahren sogar merklich zugenommen und zu einer allgemeinen Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Tschetschenien geführt, wie Amnesty International, Human Rights Watch, die Medical Foundation for the Care of Victims of Torture und Memorial in einem gemeinsamen Bericht festhalten.⁴⁸

5.1 Säuberungen und Filtrationslager

Die grosse Mehrheit der Säuberungen laufen nach demselben Muster ab wie der folgende Fall, der erst kürzlich von Human Rights Watch dokumentiert wurde: In Duba-Jurt, einer Ortschaft im Zentrum Tschetscheniens, die zu 80 Prozent zerstört ist, fuhren nach übereinstimmenden Angaben mehrerer einzeln befragter Dorfbewohner am 27. März 2004 um ca. 14 Uhr acht Militärfahrzeuge vor. Die Nummernschilder der Fahrzeuge, waren verdeckt, was in offenem Widerspruch zum bereits erwähnten Befehl Nr. 80 aus dem Jahr 2002 steht.⁴⁹ Eine grosse Gruppe maskierter Männer stürmte in der Folge insgesamt 19 Häuser, zwang alle Anwesenden mit Waffen auf den Boden und nahm die Männer – insgesamt elf im Alter zwischen 28 und 44 Jahren mit. Die Festnahmen erfolgten ohne dass die Dokumente der Männer auch nur verlangt worden wären. Drei der elf Männer wurden noch am selben Abend in der Nähe des Dorfes frei gelassen, die restlichen verschwanden spurlos. Die Verwandten suchten Hilfe bei der zuständigen Staatsanwaltschaft – was viele aus Angst vor Repressionen schon gar nicht wagen – erhielten jedoch nie eine Antwort. Rund zwei Woche nach der Entführung wurden die Männer tot gefunden. Alle Leichname zeigten Spuren von Folter und mehrere Schusswunden.⁵⁰

Wiederholt wird von so genannten Filtrationslagern berichtet, die die tschetschenischen und russischen Sicherheitskräfte an verschiedenen Orten in Tschetschenien errichten. So seien beispielsweise Ende März 2004 nach Säuberungen in den Dörfern Sernowodskaja und Assinowskaja alle Männer ab 14 Jahren in ein in einer Schule eingerichtetes Filtrationslager gebracht worden. Dort seien sie einzeln stun-

⁴⁷ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁴⁸ *The Situation in Chechnya and Ingushetia deteriorates. New evidence of enforced disappearances, rape, torture, and extrajudicial executions*, Joint Statement by Amnesty International, Human Rights Watch, the Medical Foundation for the Care of Victims of Torture, and Memorial, 8.4.2004 [konsultiert 11.5.2004]. <http://www.hrw.org/campaigns/russia/chechnya/>.

⁴⁹ Dieser Befehl verlangt ausserdem, dass Militäranghörige Durchsuchungen immer in Begleitung von Vertretern der Staatsanwaltschaft und lokaler Behörden durchführen sollen, dass sie ihre Identität offenlegen müssen beim Betreten eines Hauses, dass nach Durchsuchungen Listen der Verhafteten erstellt und den lokalen Behörden übergeben werden müssen. U.S. Department of State. Bureau of Democracy. "Country report on human rights."

⁵⁰ Human Rights Watch. *Russia: Nine civilians extrajudicially executed in Chechnya. Amid evidence of new atrocities, U.N. Human Rights Commission must take action*, 13.4.2004 [konsultiert 5.5.2004]. <http://www.hrw.org/campaigns/russia/chechnya/>.

denlang gefoltert und nach Namen und Aufenthaltsorten von Rebellen gefragt worden.⁵¹

Insbesondere Intellektuelle und Verantwortungsträger werden von beiden Seiten unter Druck gesetzt. Die Widerstandskämpfer töten sie wegen Kollaboration und die russischen und tschetschenischen Sicherheitskräfte, weil sie sich für die einheimische Bevölkerung einsetzten.⁵² Verhältnismässig neu ist, dass auch Frauen Opfer von Säuberungen werden. Waren es früher nur Männer, die der Zusammenarbeit mit den Widerstandskämpfern verdächtigt wurden, so werden nun auch Frauen gejagt. Dies geht einerseits auf das Auftauchen der erwähnten Selbstmordattentäterinnen zurück. Andererseits werden in letzter Zeit auch MenschenrechtlerInnen bzw. ihre MitarbeiterInnen und Verwandten verfolgt. Irena Brežná beobachtet allgemein in letzter Zeit eine zunehmende Individualisierung der Verfolgung derjenigen, die sich gegen Verbrechen auflehnen, die humanitäre Hilfe leisten und die nicht mit den Behörden kollaborieren wollen.⁵³

Auch die Widerstandskämpfer begehen ernsthafte Menschenrechtsverletzungen: Sie töten ZivilistInnen, die sie nicht unterstützen, benützen sie als menschliche Schutzschilder, zwingen sie, Stellungen zu bauen oder hindern sie an der Flucht aus Tschetschenien. Wiederholt sind ältere RussInnen, denen es nicht möglich war, Tschetschenien zu verlassen, aus keinem ersichtlichen Grund getötet worden.⁵⁴

5.2 Folter in Haft

Die britische Medical foundation for the care of victims of torture hat im April 2004 eine Untersuchung über Foltermethoden in Haft in Tschetschenien veröffentlicht. Als Grundlage dienen dieser Studie die Untersuchungen von 35 Asylsuchenden die zwischen 1999 und 2004 in Grossbritannien eingetroffen sind. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass in 70 Prozent der Fälle die russischen Sicherheitskräfte die Folter begangen haben. Frauen werden in Haft systematisch vergewaltigt. In der tschetschenischen Kultur wird die Vergewaltigung stigmatisiert. Die Schande einer Vergewaltigung ist so gross, dass es viele Frauen vorziehen, Selbstmord zu begehen.

Zu den Foltermethoden gehören Tritte, Schläge von Hand, Schläge mit Gewehren oder Stöcken, Elektroschocks, Brennen mit Zigaretten oder andern Gegenständen, Verletzungen mit Messer oder Bajonett, Aufenthalte in Löchern oder vergastem Zellen. Ausserdem wird berichtet, dass Gefangene angespuckt, anuriniert und ausgepeitscht würden, dass ihnen Drogen zwangsweise verabreicht würden und ihre Exekution vorgetäuscht würde.⁵⁵

⁵¹ *Shirokomasshtabnye "zacistki" v cecenskich selach (Breit angelegte "Säuberungen" in tschetschenischen Dörfern)*, Prima-News, 31.3.2004 [konsultiert 5.5.2004]. <http://www.prima-news.ru>.

⁵² *Migration und Recht. O poloshenii vnutriperemeshshennykh lic iz gornyykh sel (Zur Situation der Internvertriebenen aus Bergdörfern)*, 9.3.2004 [konsultiert 5.5.2004]. <http://refugees.memo.ru>.

⁵³ Gespräch mit Irena Brežná am 13. Mai 2004 in Basel.

⁵⁴ U.S. Department of State. Bureau of Democracy. "Country report on human rights."

⁵⁵ Granville-Chapman, Charlotte. Medical foundation for the care of victims of torture, "Rape and other torture in the Chechnya conflict: Documented evidence from asylum seekers arriving in the United Kingdom." April 2004, <http://www.torturecare.org.uk/>.

Gespräche einer US-amerikanischen Journalistin mit russischen Soldaten belegen die Feststellungen der Menschenrechtsorganisationen. Die Soldaten geben offen zu, dass die beschriebenen Vergehen nicht Ausnahmen, sondern die Regel sind. Gefangene, bestätigen sie ausserdem, würden praktisch immer getötet, nachdem sie so lange wie möglich gefoltert worden seien. Die Täter rächen sich damit einerseits für eigene Verluste, andererseits erklärt sich ihr Verhalten auch aus der beschriebenen Verwahrlosung und der Angst davor, selbst gefangen genommen und gefoltert zu werden.⁵⁶

5.3 Geiselhandel

Wer im Rahmen einer Säuberung nicht stirbt, wird zur Geisel. In den vergangenen Jahren hat sich in Tschetschenien ein regelrechter Geiselhandel etabliert, von dem die verschiedenen Kriegsparteien profitieren. Swetlana Gannuschkina berichtet beispielsweise von einer Frau in einem Flüchtlingslager in Inguschetien, deren drei Söhne im Jahr 2003 entführt worden waren. Die Frau habe ihre Söhne für insgesamt 2600 US Dollar losgekauft. Kurz darauf sei die Familie aufgefordert worden, nach Tschetschenien zurückzukehren. Als der Ehemann und der älteste Sohn dorthin gefahren seien, um die Situation zu erkunden, seien sie beide erneut entführt worden. Nun wisse sie nicht, woher sie das Geld zur Befreiung nehmen solle.⁵⁷ Auch das russische Innenministerium ist sich des Problems bewusst. Für das Jahr 2003 meldet es 605 Entführungen in Tschetschenien. In nur 51 Fällen sei die Geisel in der Folge befreit worden. Memorial vermutet, dass die Zahl der Entführungen noch weit höher sei. Die Organisation betreibt in rund einem Drittel der Republik regelmässiges Monitoring und meldet für 2003 477 und für das erste Quartal 2004 bereits 78 Entführungen.⁵⁸ Memorial geht ausserdem davon aus, dass die Mehrheit der Entführungen von russischen Sicherheitskräften und Kadyrowzi ausgeführt würden.⁵⁹ Immer öfter kommen Verschleppungen auch in der Nachbarrepublik Tschetscheniens, in Inguschetien vor.⁶⁰

6 Humanitäre und sozioökonomische Lage

Die grosse Mehrheit der Bewohner Tschetscheniens lebt nach zehn Jahren Krieg in bitterer Armut. Trotzdem wird sie von bewaffneten Kräften aller Seiten weiterhin ständig kontrolliert, misshandelt und beraubt. Menschenrechtlerinnen berichten, dass Militärangehörige ganze Häuser ausräumen und Hab und Gut der Beraubten anschliessend auf den südrussischen Märkten verkaufen. Armut, Unterdrückung und der wachsende innertschetschenische Zwist hat der tschetschenischen Kultur bereits massiven Schaden zugefügt.⁶¹ So verfallen in den Vertriebenenlagern immer

⁵⁶ Merten, Victor. "Russlands Todesschwadronen. Ein Sammelband erhellt die grausame Anatomie des Tschetschenien-Krieges." *NZZ am Sonntag*, 21.3.2004, 83.

⁵⁷ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

⁵⁸ *The Situation in Chechnya and Ingushetia deteriorates*.

⁵⁹ Agence France-Presse. *More than 600 kidnapped in Chechnya in 2003*, ReliefWeb, 14.4.2004 [konsultiert 6.5.2004]. <http://www.reliefweb.int>.

⁶⁰ Gespräch mit Ella Poljakowa am 12. April 2004 in St. Petersburg. und *The Situation in Chechnya and Ingushetia deteriorates*.

⁶¹ Politkovskaja. *Tschetschenien*.

mehr Männer und auch Frauen dem Alkoholismus, ein Phänomen, das unter der mehrheitlich islamischen Bevölkerung bislang praktisch unbekannt war.⁶²

Die russischen Behörden schieben immer wieder mangelnde Sicherheit als Grund vor, um Hilfsorganisationen den Zugang zur Republik zu verwehren. Das ist paradox, werden die Behörden doch sonst nicht müde, von der fortschreitenden Normalisierung, die den Vertriebenen eine Rückkehr ermögliche, zu sprechen. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Behörden schlicht die Anwesenheit von Hilfswerken, die sich teils kritisch über die Zustände äussern, verhindern möchten. Tatsache ist, dass so die Arbeit internationaler NGOs massiv behindert wird. Die OSZE-Mission wurde im Dezember 2002 geschlossen, nachdem die Russische Föderation ihr das Menschenrechts-Mandat nicht verlängert hatte. Der UNO-Delegierte für Internvertriebene konnte zwar im September 2003 nach langjährigem diplomatischem Seilziehen erstmals Tschetschenien und Inguschetien besuchen, für Hilfswerke bleibt der Zugang zu den Lagern stark eingeschränkt. Trotzdem verweisen insbesondere die UNO-Agenturen darauf, dass sie in den letzten Jahren immer mehr humanitäre Hilfe hätten leisten müssen, was natürlich auch als Beweis für die vielen ungelösten Probleme angesehen werden kann.⁶³

6.1 Gesundheit und medizinische Versorgung

Die misslichen Lebensumstände in Tschetschenien und Inguschetien machen die lokale Bevölkerung und die Internvertriebenen besonders anfällig für Krankheiten aller Art. Ganze Dörfer und Zeltlager sind beispielsweise im Jahr 2003 an Masern erkrankt. Masern ist bei epidemieartigem Auftreten nach wie vor ein wichtiger Grund von Krankheit und Mortalität bei Kindern. Eine besonders gefürchtete Komplikation der Krankheit sind Hirnentzündungen, die häufig zu bleibenden Hirnschäden führen.⁶⁴ Sehr wenige Kinder in der Region sind geimpft und das lokale Gesundheitswesen ist völlig überfordert mit solchen Situationen. Die Zahl von Tuberkulose-, Hepatitis A- und Aids-Kranken wächst unter anderem deshalb stetig an.⁶⁵ Nach Angaben des Chefarztes der Zentralen onkologischen Klinik in Grosny, nimmt auch die Zahl der Krebs- und Tumorkranken in Tschetschenien rapide zu. Allein im Jahr 2003 seien dort 1500 Fälle von Magendarm-, Lungen-, Haut-, und Brustkrebs behandelt worden, wobei mehr als ein Viertel der Fälle bereits in sehr fortgeschrittenem Stadium seien. Die Zahl der Kranken in der Republik liegt jedoch bestimmt um einiges höher, da Menschen aus den Bergregionen den Weg zur onkologischen Klinik gar nicht erst finden. Wer es sich erlauben kann, zieht es vor, sich ausserhalb Tsche-tscheniens behandeln zu lassen. Das Durchschnittsalter der Krebskranken ist unter 40 Jahre gefallen. Der Chefonkologe führt die Erkrankungen hauptsächlich auf die emotionale und psychische Last sowie auf die Luftverschmutzung und den direkten Kontakt mit Erdölprodukten zurück. Die Krebsklinik in Grosny kann nur elementare Hilfe leisten. Sie ist noch nicht wieder vollständig aufgebaut. Es sind beispielsweise

⁶² Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁶³ "Profile of internal displacement: Russian Federation. Compilation of the information available in the Global IDP Database of the Norwegian Refugee Council." Norwegian Refugee Council / Global IDP Project, 2004, <http://www.idpproject.org>. und auch U.S. Department of State. Bureau of Democracy. "Country report on human rights."

⁶⁴ Harrison, Tinsley Randolph und Anthony S. Fauci. *Harrison's principles of internal medicine*. New York [etc.]: McGraw-Hill Health Professions Division, 1998.

⁶⁵ "Profile of internal displacement."

keine Geräte für Bestrahlungstherapie vorhanden, welche für 70 Prozent aller Behandlungen notwendig wäre.⁶⁶

6.2 Kinder und Bildung

Eine russlandweite Studie zur Gesundheit der Kinder, im Rahmen derer 320'000 Kinder untersucht wurden, kam zum Schluss, dass 84 Prozent der Kinder in Tschetschenien gesundheitliche Probleme haben. Hauptprobleme sind neurologische und psychische Krankheiten (Traumata), aber auch Blutarmut und Drüsenleiden und Magendarm-Störungen. Über 40 Prozent der Kinder leiden unter pathologischen Seh- und Hörstörungen, während über 70 Prozent an Tuberkulose erkrankt sind. Die miserable Gesundheit wird unter anderem zurückgeführt auf die gestörte Schulroutine: Kinder, werden oft in überfüllten Klassenzimmern unterrichtet, die Lektionen werden aus Platz- und Lehrermangel in drei Schichten erteilt und es mangelt an warmem Essen.⁶⁷ Viele Lehrer sind entweder geflohen oder umgekommen. Einige Fächer können deshalb nicht oder nur von unqualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden. Viele Kinder, die keine korrekten Kleider mehr haben, werden von ihren Eltern aus Scham nicht mehr zur Schule geschickt. Andere müssen zu Hause Verletzte pflegen oder andere Arbeiten verrichten.⁶⁸ Die Langzeitfolgen der mangelhaften Ausbildung sind noch nicht abschätzbar.

Gemäss der letzten allrussischen Volkszählung aus dem Jahr 2002 beherrschen nur 80 Prozent der TschetschenInnen die russische Sprache. Damit gehören die TschetschenInnen zu der Volksgruppe, in der am wenigsten Menschen Russisch sprechen.⁶⁹ In vielen Bereichen ist heute die russische Sprache überlebenswichtig. Die Zahl der nicht russisch sprechenden jungen Menschen nehme jedoch stetig zu, bestätigt Natalja Nelidowa. Viele Kinder und Jugendliche hätten ihre Ausbildung in Folge des Krieges abbrechen müssen und lebten seither in einer Umgebung, in der ausschliesslich tschetschenisch gesprochen werde.⁷⁰

Ein weiteres Indiz für die Lage der Kinder in Tschetschenien ist die Anzahl Obdachloser. Im Jahr 2003 wurden allein in Grosny 400 Kinder ohne Dach über dem Kopf registriert. Das ist zwar im nationalen Vergleich keine hohe Zahl, für Tschetschenien jedoch ein trauriger Rekord. Traditionell hatten Waisenkinder immer Unterschlupf bei Verwandten gefunden.⁷¹

⁶⁶ Aliyev, Timur. *Number of cancer patients increasing in Chechnya*, Prague Watchdog, 10.2.2004 [konsultiert 11.3.2004]. <http://www.watchdog.cz>.

⁶⁷ Aliyev, Timur. *Over 80 percent of Chechen children suffer from illnesses*, Prague Watchdog, 14.11.2003 [konsultiert 11.3.2004]. <http://www.watchdog.cz>.

⁶⁸ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁶⁹ 79.8% der Bevölkerung der Russischen Föderation sind Russen. Die restlichen 20% teilen sich auf über 150 Gruppen auf. Laut der Statistik beherrschen 82.9% der tschetschenischen Bevölkerung die russische Sprache. Keine andere Volksgruppe, die mehr als 0.01% der russländischen Bevölkerung ausmacht (Tschetschenen 0.9%) spricht so „schlecht“ russisch. Die meisten Volksgruppen, die schlechter sprechen sind entweder verschwindend klein oder eingewandert (Amerikaner, Spanier, Vietnamesen, Chinesen, etc.); State Committee on Statistics of the Russian Federation. 2002 *all-Russian population census*.

⁷⁰ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁷¹ Aliyev, Timur. *Nearly 400 homeless children in Grozny*, Prague Watchdog, 15.2.2004 [konsultiert 11.3.2004]. <http://www.watchdog.cz>.

6.3 Arbeitsmarkt und Armut

Die hohe Arbeitslosigkeit überrascht unter den beschriebenen Umständen kaum. Genaue und klar definierte Zahlen sind schwierig zu erhalten. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) schätzte im Jahr 2002, dass rund 60 Prozent der aktiven Bevölkerung arbeitslos seien,⁷² neuere Berichte gehen sogar von bis zu 95 Prozent aus. Die offiziellen, absoluten Zahlen sind schwierig einzuordnen, weil die Gesamtbevölkerung nicht genau beziffert werden kann: Sie zeigen jedoch ein markantes Wachstum von 33'000 Arbeitslosen im Jahr 2001 auf rund 300'000 im Jahr 2003.⁷³ Gemäss Angaben des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) leben rund ein Drittel der Bevölkerung – das UNHCR geht von einer Gesamtbevölkerung von rund 600'000 Menschen aus – in absoluter Armut. In 71 Prozent der Haushalte hat laut der gleichen Quelle kein Familienmitglied eine Arbeitsstelle und gut die Hälfte aller Haushalte sind verschuldet.⁷⁴ Die Situation der Arbeitslosen wird zusätzlich verschärft dadurch, dass die meisten Waren in Tschetschenien mittlerweile nur noch zu westlichen Preisen erhältlich sind. Viele Haushalte leben nur noch von den Kindergeldern und den Renten, die seit einiger Zeit wieder mehr oder weniger regelmässig ausbezahlt werden. Auch Menschen mit Verwandten oder guten Bekannten in Flüchtlingslagern können sich glücklich schätzen, denn so erhalten sie gelegentlich einen Teil der dort verteilten Lebensmittelspenden.

Eine grosse Bürde tragen in Tschetschenien die Frauen. Viele sind verwitwet und müssen Kinder und Verwandte durchbringen. Die wenigen Männer im wehrfähigen Alter verstecken sich, fliehen oder werden getötet. Die Kinder sind traumatisiert.⁷⁵ Immer öfter sterben Frauen wegen Stress an einem Herzschlag.⁷⁶

7 TschetschenInnen in der Russischen Föderation – Innerstaatliche Fluchtalternative

Ein grosser Teil der Tschetscheninnen und Tschetschenen lebt heute ausserhalb Tschetscheniens. Der Krieg hat nach Schätzungen des Global IDP Projects bis Ende 1999 rund 600'000 TschetschenInnen in die Flucht getrieben. Die Mehrheit von ihnen blieb innerhalb der Republik, 200'000 Menschen flohen nach Inguschetien und ein Teil von dort aus weiter. Im Jahr 2001 zählte die UNO nach wie vor rund 300'000 Internvertriebene aus Tschetschenien.⁷⁷ Die Zahl der als Binnenflüchtlinge geltenden Menschen hat zwar abgenommen. Doch gemäss unabhängigen Schätzungen erlauben die Umstände zu Beginn des Jahres 2004 rund 200'000 TschetschenInnen die Rückkehr an ihren Wohnort nach wie vor nicht.⁷⁸

⁷² Schmassmann und Bigler. "Tschetschenien – Der Krieg Russlands gegen die Zivilbevölkerung."

⁷³ Aliyev, Timur. *Registered unemployment increasing in Chechnya*, Prague Watchdog, 6.11.2003 [konsultiert 11.3.2004]. <http://www.watchdog.cz>.

⁷⁴ Danish Refugee Council. *Tension and insecurity in the Northern Caucasus*.

⁷⁵ Seefeldt. *Tschetschenien*. und Brežná, Irena. *Die Wölfinnen von Sernowodsk. Reportagen aus Tschetschenien*. Stuttgart: Quell, 1997.

⁷⁶ Gespräch mit Irena Brežná am 13. Mai 2004 in Basel.

⁷⁷ Action contre la faim. "Ingushetia Food Security Report."

⁷⁸ Auch hier gibt es unterschiedliche Angaben. Der Danish Refugee spricht im Frühjahr 2004 von 70'000 IDPs ausserhalb und 50'000 innerhalb der Republik. Danish Refugee Council. *Tension and insecurity in the Northern Caucasus*.

Angesichts der Tatsache, dass die europäischen Behörden, unter ihnen auch die schweizerischen, in Reustrussland grundsätzlich eine innerstaatliche Fluchtalternative für TschetschenInnen sehen, soll im folgenden zuerst auf die Situation der TschetschenInnen in den Lagern in und um Tschetschenien eingegangen werden. Anschliessend kommen die allgemeinen Lebensbedingungen von TschetschenInnen in der Russischen Föderation zur Sprache. An dieser Stelle muss ausserdem erwähnt werden, dass die meisten RussInnen und Angehörigen anderer nicht-tschetschenischer Ethnien Tschetschenien bereits im ersten Tschetschenienkrieg verlassen und sich mittlerweile an einem andern Ort in der Russischen Föderation niedergelassen haben.⁷⁹ In der temporären Flüchtlingsunterkunft in Tver', leben allerdings neben tschetschenischen Familien auch rund 20 aus Tschetschenien geflüchtete Russinnen und Russen. Als "Tschetschenen" haben auch sie in Reustrussland keine Existenzgrundlage finden können.

7.1 Rückkehrpolitik mit Zuckerbrot und Peitsche

An den Bedingungen der aus Tschetschenien Vertriebenen habe sich in den vergangenen Jahren nichts verbessert, meint Swetlana Gannuschkina, die das Netzwerk "Migration und Recht" leitet, welches in 48 russischen Städten Anlaufstellen für Vertriebene und Flüchtlinge betreibt.⁸⁰ Im Gegenteil beobachte sie zwei grundsätzliche Elemente der Verschlechterung der Lage: einerseits wachse der Fremdenhass in Russland und andererseits werden die Zeltlager und temporären Unterkünfte für Vertriebene sukzessive geschlossen.⁸¹

Die Internvertriebenen leben sowohl in Inguschetien als auch im Rest der Russischen Föderation hauptsächlich in privaten Unterkünften, ein Grossteil ist in temporären Unterkünften und eine immer kleinere Anzahl Menschen in Zeltlagern untergebracht. Verwandte und Bekannte in Inguschetien haben die Flüchtenden aufgenommen. Mit der zunehmend angespannten Lage in Inguschetien und wegen der unerwartet langen Dauer des Konflikts wird die Situation für die inguschetischen Gastgebenden je länger desto schwieriger.⁸² Nachdem der ehemalige Präsident Inguschetiens Auschew, den Vertriebenen gegenüber noch eine verhältnismässig offene Politik betrieben hat, arbeitet der seit 2002 amtierende Präsident und ehemalige Oberst Sjasikow eng mit den russischen Migrationsbehörden zusammen.

Bereits im Jahr 2001 begannen die russischen Migrationsbehörden, Druck auszuüben auf die Vertriebenen in Inguschetien, mit dem Ziel, sie zur Rückkehr nach Tschetschenien zu bewegen, denn die Vertreibenen sind das offensichtlichste Symptom des Krieges. Die Mehrheit der dort untergebrachten Menschen weigerte und weigert sich, nach Tschetschenien zurückzukehren. Als Gründe nennen sie die mangelnde Sicherheit und das Fehlen einer Existenzgrundlage in Tschetschenien.⁸³ Diese Weigerung überzeugt umso mehr, weil die Zustände in den Lagern alles andere

⁷⁹ "Profile of internal displacement."

⁸⁰ <http://refugee.memo.ru> und Reinke, Sarah. Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), "Stellungnahme zur Situation tschetschenischer Flüchtlinge auf dem Territorium der Russischen Föderation." März 2004, www.gfbv.de/download/stellungnahme03-04.pdf.

⁸¹ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

⁸² Action contre la faim. "Ingushetia Food Security Report."

⁸³ "Memorial", Human Rights Center. "The situation in the tent camps in Ingushetia and in the temporary residence facilities in Grozny." *HR News*, 17.12.2003, <http://www.memo.ru>.

als zufriedenstellend sind. Auf engstem Raum lebten dort Tausende von Vertriebenen in rauen klimatischen Verhältnissen; ihnen standen nur primitive sanitäre und medizinische Einrichtungen und ungenügende Heizvorrichtungen zur Verfügung. Die einseitige Ernährung erleichterte die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten. Zudem kam es wie erwähnt auch in Inguschetien vermehrt zu Übergriffen durch Sicherheitskräfte.⁸⁴

Im Mai 2002 stellten die russischen Behörden einen Repatriierungsplan vor: Moskau und die pro-russische tschetschenische Regierung wollten vor den Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2003 definitiv alle Lager abbrechen. Diese Lagerschliessungen erfolgten meist sehr hastig und ohne genügende Abfederungsmassnahmen.⁸⁵ Vor den Schliessungen wurden die Vertriebenen mit Versprechungen auf Kompensationen für die erlittenen Kriegsschäden und mit gewaltsamem Druck zur "freiwilligen Rückkehr" gezwungen. Nach Angaben von Memorial wurde vielen Vertriebenen gedroht, dass wer zu spät zurückkehre, keine staatliche Hilfe mehr erhalte oder, dass wer die Lager nicht verlasse, als Widerstandskämpfer betrachtet werde.⁸⁶ In diesem Zusammenhang haben die Sicherheitskräfte nach Angaben von Human Rights Watch wiederholt Menschen Munition oder Drogen untergeschoben und sie danach verhaftet und misshandelt.⁸⁷ Die Umstände der ersten Lagerschliessungen waren so empörend und erhielten ein überdurchschnittliches Echo in den Medien, dass Präsident Putin im Herbst 2002 eine Menschenrechtskommission schuf, welche den Prozess überwachen sollte. Vorerst wurden die Lagerschliessungen gestoppt, doch seit dem Herbst 2003 ist ein Lager nach dem andern geschlossen worden, am 1. Mai 2004 das letzte. Von offizieller Seite wird die Schliessung der Lager damit begründet, dass man den Menschen das Leben dort nicht länger zumuten könne. Die bereitgestellten Alternativen reichen jedoch nicht einmal für einen Fünftel der Betroffenen. Die Stärksten und Klügsten erhalten Hilfe, die grosse Mehrheit geht bislang, nach Angaben von Swetlana Gannuschkina, die Mitglied der genannten Menschenrechtskommission ist, leer aus.⁸⁸ Dabei nützen die Behörden die Uninformiertheit der Vertriebenen über Gesetze und Rechte hemmungslos aus.

Die Flüchtlinge gelangen in noch prekärere Massenunterkünfte oder kehren nach Tschetschenien zurück, wo niemand für ihre Sicherheit garantieren kann⁸⁹ und wo sie oft um die versprochene Entschädigung gebracht werden. Ohne die Nahrungsmittelhilfe sind die Familien, welche einen Teil der Hilfsgüter weiterverkaufen konnten, zudem einer wichtigen Geldquelle beraubt worden, Sie müssen jetzt ihre letzten Habseligkeiten verkaufen, was ihre Überlebensfähigkeit stark einschränkt.⁹⁰ Eigentlich sollten die Rückkehrenden in Tschetschenien zuerst in eine Notunterkunft gelangen, dort die Entschädigung erhalten und sich damit wieder ein Haus und eine Existenzgrundlage aufbauen. Weil in der Hast der vergangenen Monate alle diese Schritte praktisch gleichzeitig erfolgten sind die wenigen Notunterkünfte überfüllt und ungenügend ausgerüstet und die zuständigen Behörden überfordert. Die Rückkehrenden leben in chaotischen Zuständen.⁹¹ Die Rückkehrpolitik zeigt denn auch

⁸⁴ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁸⁵ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

⁸⁶ "Memorial". "The situation in the tent camps and TRFs."

⁸⁷ *The Situation in Chechnya and Ingushetia deteriorates.*

⁸⁸ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

⁸⁹ Action contre la faim. "Ingushetia Food Security Report."

⁹⁰ Ibid.

⁹¹ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

nur beschränkte 'Erfolge': Während aus dem Lager "Sputnik", das am 1. April 2004 geschlossen wurde, rund 50 Prozent der Menschen tatsächlich nach Tschetschenien zurückgekehrt sind, kehrten nur 23 Prozent der Bewohner des Lagers Bart – geschlossen am 1. März 2004 – in die Heimat zurück. Das UNHCR gibt den Rückkehrwilligen Zelte (box-tents) mit, in denen sie auf ihrem Grundstück in Tschetschenien provisorisch leben sollen. Gemäss Angaben des UNCHR konnten aber bei weitem nicht alle Rückkehrenden mit solchen Zelten ausgerüstet werden.⁹²

7.2 Status, Registrierung und Dokumente

Wer sein Heim in Tschetschenien im Verlaufe des Krieges verlassen musste, befindet sich heute in einem Dilemma, erklärt Natalja Nelidowa: In Russland ist das Leben zwar ein bisschen weniger gefährlich, doch erhalten die Flüchtlinge doch keinerlei Unterstützung. In Tschetschenien werden seit einiger Zeit zumindest wieder Renten und Kindergelder ausbezahlt, doch gibt es dort keine Sicherheit.⁹³ Die Recht- und Hilflosigkeit der tschetschenischen Bevölkerung in der Russischen Föderation liegt hauptsächlich in ihrem Status begründet. Wer als ZwangsumsiedlerInnen⁹⁴ anerkannt ist, erhält ein Minimum an Unterstützung. Im Verlaufe des zweiten Tschetschenienkrieges haben die russischen Behörden jedoch viel weniger Menschen – 12'000 im Vergleich zu 147'000 im ersten Krieg – als ZwangsumsiedlerInnen anerkannt.⁹⁵ Hinzu kommt, dass sich TschetschenInnen nirgends in der Russischen Föderation dauerhaft registrieren können. Dies steht in krassem Widerspruch zum Gesetz über die Freizügigkeit und die Wahl des Aufenthalts- und Wohnortes im Hoheitsgebiet der Russischen Föderation vom 25. Juni 1993, welches anstelle des Registrierungssystems aus der Sowjetzeit (Propiska), einzig eine Meldepflicht vorsieht.⁹⁶ In der Praxis bestimmen die Behörden in der gesamten Russischen Föderation die Modalitäten der Umsetzung des Rechts auf Freizügigkeit und der Wahl des Aufenthalts- oder Wohnorts selbst.⁹⁷ Faktisch lebt das Propiska-System weiter. Diese rechtswidrige Praxis wurde zwar bereits mehrfach durch den Verfassungsgerichtshof und den Menschenrechtsbeauftragten der Russischen Föderation angeprangert – ohne Folgen. Trotz unterschiedlichen Modalitäten und Begründungen berichten UNHCR und Migration und Recht übereinstimmend von Registrierungsverweigerungen aus allen Regionen der Russischen Föderation.⁹⁸ Faktisch leben die meisten TschetschenInnen deshalb in Russland als TouristInnen, die sich in Ein- oder Dreimonatsabständen neu registrieren müssen. Nur schon der Versuch, sich

⁹² UNOCHA. *OCHA Humanitarian action in Chechnya and neighbouring republics (Russian Federation) Mar 2004*, ReliefWeb, 31.3.2004 [konsultiert 6.5.2004]. <http://www.reliefweb.int>.

⁹³ Gespräch mit Natalja Nelidowa am 13. Mai 2004 in Basel.

⁹⁴ Nach Angaben von Swetlana Gannuschkina ist der Begriff Zwangsumsiedler nicht gleichzusetzen mit Internvertriebenen. Die ZwangsumsiedlerInnen sind Flüchtlinge, mit der Besonderheit, dass sie sich in der Russischen Föderation aufhalten. Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

⁹⁵ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

⁹⁶ UNHCR. "Zur Situation tschetschenischer Binnenvertriebenen und zum Registrierungssystem. Stellungnahme vom 29.10.2003." *Asylmagazin* 12 (2003). Vgl. zum Propiska-System auch das letzte Tschetschenien Up-date, Kapitel 7.1.

⁹⁷ "Keine inländische Fluchtalternative für Tschetschenen (8 K 2476/01.NW)." VG Neustadt a.d.W., 2002.

⁹⁸ Menschenrechtszentrum "MEMORIAL" und Netzwerk "Migration und Recht". *Russland: Binnenflüchtlinge aus Tschetschenien. Juni 2002 – Mai 2003*, Mai 2003 [konsultiert 15.5.2004]. <http://www.clasen.net/gannuschkina/2003-05-de.html>.

registrieren zu lassen, ist oft von Beleidigungen und Demütigungen begleitet. Nicht selten erfolgen während dem Verfahren willkürliche Verhaftungen.⁹⁹

Die Binnenflüchtlinge wurden anfangs in temporären Unterkünften aufgenommen, obwohl sie den Status der ZwangsumsiedlerInnen nicht besaßen. In der Folge wurde ihnen daraus ein Strick gedreht und seit Mitte 2002 werden die Menschen in diesen Unterkünften nicht mehr ernährt.¹⁰⁰ Sie sind seither völlig von der Diaspora und humanitären Organisationen abhängig. Auch in temporären Unterkünften mitten in der russischen Föderation kommt es immer wieder zu brutalen Durchsuchungen, Misshandlungen und Entführungen durch Sicherheitskräfte.¹⁰¹

Gültige Dokumente sind jedoch für TschetschenInnen überall in der Russischen Föderation überlebenswichtig. In den Städten werden permanent Dokumente überprüft. TschetschenInnen und andere VertreterInnen kaukasischer Ethnien geraten insbesondere in den öffentlichen Verkehrsmitteln in der Regel täglich mehrmals in Kontrollen. Auf Grund der stetig wechselnden und lokal unterschiedlichen Bestimmungen sind jedoch oft sowohl die Sicherheitskräfte als auch die Halter von Dokumenten ungenügend informiert, was sich nach Angaben von Ella Poljakowa selten zu Gunsten der TschetschenInnen auswirkt.¹⁰² Wer nicht registriert ist, erhält weder eine legale Arbeit noch Kranken- und Unfallversicherungen.

Ibragim¹⁰³, ein Bewohner der temporären Unterkunft für Flüchtlinge aus Tschetschenien in der Region Tver' kann sich beispielsweise nur jeweils für einen Monat registrieren. Weil er keinen gültigen Pass habe, wird ihm die Registration nicht für drei Monate ausgestellt, was sonst der Normalfall ist. Seinen Pass kann Ibragim jedoch nur in Grosny erneuern lassen, aber um dorthin zu reisen fehlen ihm erstens die Mittel und zweitens hat er Angst vor Übergriffen.¹⁰⁴ Bis zum Jahr 2000 haben die Behörden tschetschenischen BürgerInnen auch in andern Städten der Russischen Föderation Pässe ausgestellt. Seither verweisen sie jedoch auf die wieder funktionierende tschetschenische Verwaltung. Der Moskauer Anwalt, Aslan G.¹⁰⁵, bestätigt, dass in Grosny wieder Pässe ausgestellt werden, dass man jedoch dazu rund drei Monate in Grosny warten, d.h. dort leben und verschiedene Kontrollposten und Behörden bestechen müsse. Die Erneuerung eines Passes in Tschetschenien ist aber nicht nur sehr teuer, sondern auch lebensgefährlich.¹⁰⁶ Insbesondere in den grossen Städten Moskau und St. Petersburg blüht deshalb das illegale Geschäft mit Registrierungen. Den Urkundenfälschern und den -besitzern drohen jedoch hohe Strafen.¹⁰⁷

BürgerInnen der Russischen Föderation brauchen für Reisen ins Ausland einen speziellen Auslandspass. 1999 hatte das russische Innenministerium verfügt, dass TschetschenInnen keine Auslandspässe mehr auszustellen seien. Nach Angaben der

⁹⁹ Reinke. "Stellungnahme."

¹⁰⁰ Ibid.

¹⁰¹ Angaben von Bewohnern der temporären Unterkunft Serebrjanniki und *Propala bez vesti cecenskaja bezhenka (Eine tschetschenische Flüchtlingsfrau spurlos verschwunden)*, Prima-News, 21.4.2004 [konsultiert 5.5.2004]. <http://www.prima-news.ru>.

¹⁰² Gespräch mit Ella Poljakowa am 12. April 2004 in St. Petersburg.

¹⁰³ Name abgeändert.

¹⁰⁴ Besuch in der temporären Unterkunft (Zentr' vremennogo rasmeshenija) Serebrjanniki vom 16. April 2004.

¹⁰⁵ Name abgeändert.

¹⁰⁶ Gespräch mit Aslan G. am 25. April 2004 in Moskau.

¹⁰⁷ Reinke. "Stellungnahme."

Gesellschaft für bedrohte Völker sei diese Bestimmung im Jahr 2000 zwar offiziell wieder aufgehoben worden, doch werde sie in der Realität nach wie vor befolgt.¹⁰⁸ Die tschetschenische Popsängerin Lisa Achmatowa beispielsweise beklagt sich, dass sie auf Grund ihrer Herkunft trotz mehrmaligen Nachfragen die notwendigen Dokumente für ihre erste Auslandstournee im Herbst 2004 noch nicht erhalten habe.¹⁰⁹

7.3 Entschädigung

Binnenflüchtlingen in Inguschetien aber auch in Tver' wird mit dem erwähnten Zuckerbrot der Entschädigung die Rückkehr nach Tschetschenien schmackhaft gemacht. Allerdings erhalten gemäss Swetlana Gannuschkina, auf Grund der restriktiven Auslegung der entsprechenden Vorschriften, nur rund ein Drittel der Vertriebenen eine Bestätigung der Kompensationsberechtigung.¹¹⁰ Viele der RückkehrerInnen erhalten bei ihrer Ankunft in Grosny schliesslich doch keine Entschädigung, weil die Behörden sich weigern, ihre Dokumente zu bearbeiten oder weil ihre Namen auf mysteriöse Weise von den Listen der Berechtigten verschwunden sind.¹¹¹ Bis im April 2004 haben erst rund 1500 Familien Entschädigungszahlungen erhalten, während noch 55'000 Anträge vorliegen. Auch wer schliesslich eine Entschädigung erhält, muss auf rund 50 Prozent des ihm zustehenden Betrages verzichten. Der russische Migrationsdienst gibt, gemäss Gannuschkina, offen zu, dass von den Entschädigungszahlungen rund 15 Prozent nach Moskau, 15 Prozent an die lokalen Behörden, zehn Prozent an die zuständige Bank und ein gewisser Prozentsatz noch an den Migrationsdienst selbst gehen. Ein Familienvater erhält also im Idealfall noch rund 150'000 Rubel (= 7300 SFr.) als Entschädigung bzw. Starthilfe. Um ein Haus zu bauen, muss er mit diesem Geld als erstes Baumaterialien kaufen. Doch der entsprechende Markt ist in Tschetschenien korrupt, was zu teils exorbitanten Preisen führt. Abgesehen davon ist jeder, der eine gewisse Summe Geld besitzt, sofort in einer lebensgefährlichen Situation.¹¹²

7.4 Arbeitsmarktchancen

Tschetschenische Binnenflüchtlinge besitzen nur in Moskau und anderen Grosstädten realistische Arbeitsmarktchancen, aber insbesondere die Städte verhindern wie beschrieben den legalen Zuzug tschetschenischer Flüchtlinge. Der illegale Aufenthalt in den russischen Städten ist zwar faktisch möglich, aber mit der permanenten Gefahr verbunden, von der Polizei aufgegriffen, misshandelt, eines konstruierten Verbrechens angeklagt und nach Tschetschenien abgeschoben zu werden.¹¹³ Von den rund 150 BewohnerInnen der temporären Unterkunft Serebrjanniki beispielsweise arbeiten rund zehn Männer gelegentlich auf nahe gelegenen Baustellen. Das von den Behörden und vielen Medien geschürte Klima der Angst vor der tschetschenischen Bevölkerung – die allgemein mit Terroristen gleichgesetzt wird – nutzen Ar-

¹⁰⁸ Ibid.

¹⁰⁹ Gespräch mit Lisa Achmatowa am 7. April 2004 in St. Petersburg.

¹¹⁰ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

¹¹¹ *The Situation in Chechnya and Ingushetia deteriorates.*

¹¹² Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau.

¹¹³ "Keine inländische Fluchtalternative für Tschetschenen (8 K 2476/01.NW)."

beitgeber oft aus, indem sie TschetschenInnen für Hilfsarbeiten einstellen und ihnen unverhältnismässig tiefe Löhne bezahlen.¹¹⁴

7.5 Diskriminierung im Alltag und korrupte Justiz

Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben in Russland in den vergangenen Jahren in erschreckendem Masse zugenommen. Immer wieder kommt es zu Übergriffen rechtsextremer Gruppierungen gegen Angehörige nicht-russischer Ethnien. Die Sicherheitskräfte greifen selten ein. Viele ihrer Mitglieder sympathisieren mit rechts-extremen Ideen oder sind gar Mitglieder derartiger Organisationen. In dieser zunehmend xenophoben Stimmung hat sich in den letzten Jahren eine spezifisch gegen TschetschenInnen gerichtete Abneigung breit gemacht. TschetschenInnen bekommen diese Haltung tagtäglich zu spüren. Verschiedene öffentliche Dienstleistungen werden an TschetschenInnen nicht erbracht, allein auf Grund ihrer Herkunft. Die Diskriminierungen reichen von Mobbing gegen tschetschenische MitarbeiterInnen über das Vorenthalten von Mahlzeiten an tschetschenische SchülerInnen bis zu ungerechtfertigt höheren Mieten für TschetschenInnen.¹¹⁵ Viele versuchen deshalb ihre Herkunft so gut wie möglich zu verschleiern. Für TschetschenInnen sind die einfachsten administrativen Vorgänge komplizierter als für die übrige Bevölkerung. Geschäfte könnten die wenigsten TschetschenInnen tätigen. Auch im kulturellen Bereich spürt die tschetschenische Bevölkerung die Diskriminierung. Lisa Achmatowa, eine früher landesweit auftretende tschetschenische Popsängerin beklagt sich darüber, dass ihr in der Region Moskau keine Konzertlokale mehr zur Verfügung gestellt würden.¹¹⁶ Niemand, auch nicht die rund 100 bis 150 in Russland lebenden TschetschenInnen in höheren Kaderpositionen seien vor Übergriffen oder Unterschleibungen gefeit, meint Deni Teps.¹¹⁷ Aslan G. beispielsweise beklagt sich, dass er wegen seiner Herkunft speziell kontrolliert und an gewissen Gerichten nicht zugelassen werde, obwohl er in Moskau studiert hat und dort als Anwalt zugelassen ist. Es gibt in ganz Moskau und Umgebung keinen einzigen Richter tschetschenischer Herkunft.¹¹⁸

Gesetzliche Grundlagen gibt es für diese antitschetschenische Haltung keine. Bislang ist ein einziges offizielles Dokument mit klar anti-tschetschenischem Inhalt bekannt geworden, die Anweisung (Prikas) 541 vom Herbst 1999 des Innenministeriums, welche die Verfolgung der TschetschenInnen detailliert vorschreibt. Seit dem Jahr 2000 sei dieser Befehl ungültig. Sowohl Aslan G. als auch Deni Teps gehen aber davon aus, dass immer wieder geheime, gegen die tschetschenische Bevölkerung gerichtete Anordnungen erfolgen. Offensichtlichstes Beispiel sind die nach einheitlichem Muster abgelaufenen Verhaftungen und Anklagen von TschetschenInnen in und um Moskau nach dem Anschlag auf das Musical-Theater Nordost. Eine andere geheime Weisung soll dahin lauten, dass bei Verbrechen, die unter Art. 222 des Strafgesetzbuches – Unrechtmässiger Erwerb und Besitz von Waffen, Waffenteilen oder explosiven Stoffen¹¹⁹ – für Tschetschenen immer die Höchststrafe von fünf Jah-

¹¹⁴ Reinke. "Stellungnahme."

¹¹⁵ Ibid.

¹¹⁶ Gespräch mit Lisa Achmatowa am 7. April 2004 in St. Petersburg.

¹¹⁷ Gespräch mit Deni Teps am 11. April 2004 in St. Petersburg.

¹¹⁸ Gespräch mit Aslan G. am 25. April 2004 in Moskau.

¹¹⁹ Ugolovnyj kodeks Rossijskoj Federacii, c ismenenijami I dopolnenijami na 1 aprilja 2004 g. (Strafgesetzbuch der Russischen Föderation, Stand April 2004)

ren unbedingter Haft verhängt werden. Gaitaew sagt, er habe diesem Gerücht anfangs misstraut, doch Nachfragen bei Kollegen hätten ergeben, dass kein einziger Fall von milderer Bestrafung gegen Tschetschenen bekannt sei. Insbesondere vor der beschriebenen völligen Straffreiheit für Angehörige der Sicherheitskräfte wirken diese Strafen drakonisch. Allgemein hat das Unterschieben krimineller Handlungen in der gesamten Russischen Föderation System und droht jedem Tschetschenen.¹²⁰ Ein absurdes Beispiel dieser Politik war die Verhaftung zweier tschetschenischer Brüder ausserhalb Moskaus im März. Die beiden wurden auf einer Ausfallstrasse angehalten und verhaftet, ohne dass bei ihnen verdächtiges Material gefunden worden wäre. Erst bei einer zweiten Untersuchung Tage später wurden bei ihnen Granaten gefunden. Nach massiven Protesten aus Menschenrechtskreisen wurde die Anklage schliesslich fallen gelassen, was eine grosse Ausnahme darstellt. Aslan G. erklärt sich diesen und andere Fälle u.a. dadurch, dass in allen Einheiten der Sicherheitskräfte Tschetschenen-Veteranen arbeiten und dass sich deshalb die dort gängigen Praktiken je länger desto stärker auch im restlichen Russland breit machen. Dazu kommt, dass in diesem Klima der verstärkten Kontrolle immer weniger Menschen den Mut aufbringen, wegen Vergehen Anzeige zu erstatten. Swetlana Gannuschkina erwähnt den Fall eines tschetschenischen Mädchens, das im Herbst 2003 in der Nähe von St. Petersburg misshandelt und getötet wurde. Weder der herbeigerufene Arzt – aus Angst um seine Stelle – noch die Eltern – aus Sorge um ihre andern Kinder – wagten es, die Behörden zu kontaktieren.¹²¹

Die Justiz gilt allgemein nicht als unabhängige dritte Gewalt, sondern vielmehr sehen sich auch die Richter selbst als Verteidiger des Staates und in den AnwältInnen ihre Feinde. Nach wie vor unterstützen rund 80 Prozent der russischen Bevölkerung den Krieg in der Kaukasusrepublik Tschetschenien und diese Haltung dürfte auch unter Richtern verbreitet sein.

7.6 Gefährdung zurückgeschaffter TschetschenInnen

Gemäss Untersuchungen von Amnesty International Deutschland wird die Mehrheit der in Europa abgelehnten tschetschenischen Asylsuchenden nach Moskau abgeschoben. Viele von ihnen werden direkt am Flughafen ausführlich befragt. Manchen nehmen die Sicherheitskräfte Geld oder andere Dinge ab. Nach verschiedenen Berichten ist es bei den Befragungen zu teils schweren Misshandlungen der Zurückgeschafften gekommen. Solche Fälle sind jedoch, wie auch Amnesty International unterstreicht, schwer zu recherchieren. Im Asyl-Länderbericht vom 31. März 2004 dokumentiert Amnesty jedoch einen Fall detailliert.¹²² Auch ein von der Schweiz ausgeschaffte Tschetschene¹²³ berichtete im Gespräch¹²⁴ mit dem Autor, dass er bei seiner Rückschaffung am 4. Februar 2004 am Moskauer Flughafen von der Polizei verhaf-

¹²⁰ Reinke. "Stellungnahme."

¹²¹ Gespräch mit Swetlana Gannuschkina am 19. April 2004 in Moskau und Gespräch mit Aslan G. am 25. April 2004 in Moskau.

¹²² Amnesty International Deutschland. *Asyl-Länderbericht Russische Föderation. Gefährdung von tschetschenischen Volkszugehörigen im Falle ihrer Rückkehr in die Russische Föderation*, 31.3.2004 [konsultiert 15.5.2004]. <http://www.amnesty.de>.

¹²³ Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). *Von der Schweiz ausgeschaffter Tschetschene in Russland verhaftet und misshandelt*, Newsletter 200, 12.2.2004 [konsultiert 11.3.2004]. <http://www.gfbv.ch/archiv/newsletter200.html>.

¹²⁴ Das Gespräch fand am 26. April 2004 in der Nähe von Moskau genannt. Der Name des abgewiesenen Asylbewerbers wird hier bewusst nicht genannt, um diesen nicht zusätzlich zu gefährden.

tet und befragt worden sei. Anschliessend sei er auf einen Polizeiposten gebracht und dort mehr als 24 Stunden festgehalten und dabei misshandelt worden. Erst als Verwandte ein Lösegeld bezahlt hätten, sei er schliesslich freigelassen worden. Bei der Freilassung hätten die Sicherheitskräfte ihm gesagt, er habe riesiges Glück und er solle sich in Moskau nie mehr blicken lassen. Seither wird der Ausgeschaffte von einem Verwandten versteckt. Aus solchen Fällen lässt sich zwar nicht schliessen, dass TschetschenInnen auf Grund ihrer Flucht ins Ausland besonders gefährdet seien, wie auch Swetlana Gannuschkina bestätigt.¹²⁵ Allerdings ist die Rückschaffung grundsätzlich ein Moment, in dem Tschetschenen der beschriebenen Willkür der russischen Sicherheitskräfte besonders ausgeliefert sind.

8 Ein Volk ohne Unterstützung

Die russische Regierung, die die Probleme in Tschetschenien verniedlicht und als interne Angelegenheit erklärt, betreibt gegenüber dem tschetschenischen Volk eine Politik der Vertreibung. Obige Ausführungen belegen, dass TschetschenInnen und Tschetschenen an keinem Ort in der Russischen Föderation in Sicherheit und Menschenwürde leben können. Wachsende Fremdenfeindlichkeit, die faktisch Unmöglichkeit zur Niederlassung und praktisch absolute Straffreiheit für Übergriffe gegen Tschetschenen sowie eine absolut ungenügende Sicherheit in Tschetschenien und Inguschetien führen zu dieser Einschätzung. Diese wird von allen konsultierten GesprächspartnerInnen einhellig geteilt. Jede Tschetschenin und jeder Tschetschene befindet sich in der Russischen Föderation in Lebensgefahr. Trotzdem wird von verschiedener Seite immer wieder versucht, diese generelle Feststellung zu relativieren. Aktuellstes Beispiel ist die Tatsache, dass der Leiterin des Netzwerks "Migration und Recht", Swetlana Gannuschkina Aussagen in den Mund gelegt wurden, die in keiner Weise der Wahrheit entsprechen. Gannuschkina sah sich in der Folge gezwungen, in einer Erklärung zu unterstreichen, dass in ihren Augen jeder Tschetschenin und jedem Tschetschenen der Flüchtlingsstatus zuerkannt werden kann.¹²⁶

Die antitschetschenische Stimmung wird von der Russischen Regierung nicht nur offen toleriert, sondern gezielt gefördert. Moskau setzt nicht nur die Regierungen der Nachbarrepubliken Tschetscheniens, Inguschetien¹²⁷ und Dagestan¹²⁸, sondern auch umliegende Staaten wie Kasachstan¹²⁹ und Georgien¹³⁰ unter massiven Druck. Diese antworten in der Regel mit einer ebenso diskriminierenden Politik gegenüber der tschetschenischen Bevölkerung.

Die internationale Gemeinschaft ist sehr gut über diese Situation informiert. Insbesondere die Lage der Binnenflüchtlinge ist dank dem umfangreichen Material des

¹²⁵ Caucasian knot. Svetlana Gannushkina convinced any Chechen can be given refugee status rightfully, 12.5.2004 [konsultiert 15.5.2004].
<http://eng.kavkaz.memo.ru/newstext/engnews/id/663432.html>.

¹²⁶ Ibid.

¹²⁷ *The Situation in Chechnya and Ingushetia deteriorates.*

¹²⁸ Winkler, Peter. "Schwere Vorwürfe einer NGO an Moskau. Absichtliches Verschleppen des Entführungsfalls Erkel?" NZZ, 19.3.2004, 5.

¹²⁹ Gespräch mit Deni Teps am 11. April 2004 in St. Petersburg.

¹³⁰ Eurasianet. *Georgia tackles Chechen conundrum*, ReliefWeb, 11.3.2004 [konsultiert 6.5.2004].
<http://www.reliefweb.int>.

Netzwerkes "Migration und Recht" immer besser dokumentiert. Bereits mehrmals hat die UNO-Menschenrechtskommission die Russische Föderation ermahnt, die Missbräuche zu stoppen und UNO-Monitoring Strukturen in der Region zuzulassen – ohne ersichtlichen Erfolg. Obwohl keine Verbesserungen für die leidende Zivilbevölkerungen erfolgt sind, hat es dasselbe Gremium dieses Jahr versäumt, Russland ernsthaft zu verwarren. Der Resolutionsantrag der Europäischen Union zur Verurteilung der Menschenrechtsverstösse erhielt die Unterstützung von nur zwölf Staaten, während 53 dagegen stimmten. Die USA beispielsweise verweigerten ihre Unterstützung, weil Russland ein wichtiger Partner im Krieg gegen den Terrorismus ist und verhindert werden soll, dass internationale Gremien über Menschenrechtsverstösse der USA befinden.¹³¹

¹³¹ Zumach, Andreas. "'Konsens des Schweigens'. Scharfe Kritik von Menschenrechtsorganisationen an der UNO-Menschenrechtskommission." *Der Bund*, 24.4.2004.